



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Der Konferenzvorschlag zur Lösung der Krise.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

enthalten wird, die die Ruhe der benachbarten Monarchie stören könnten „und für welche die volle Verantwortung auf Serbien zurückfallen würde“, und daß sie eine Richtlinie einnehmen wird, welche Serbien zu denjenigen ökonomischen Vergünstigungen verhelfen wird, welche Österreich „auf Grund einer direkten Übereinkunft zwischen den beiden Mächten“ ihm zu bewilligen bereit ist.

Wenn trotz Ihres direkten Schrittes in Belgrad ein Kollektivschritt der Großmächte in Belgrad nötig wäre, glaubt Pichon, daß der soeben mitgeteilte Text die Elemente einer Übereinkunft enthält, unter der Bedingung, daß die beiden in Anführungszeichen gestellten Sätze weggelassen werden. Dies ist übrigens nur eine persönliche Ansicht und er wendet sich gleichzeitig auch an die Kabinette von London und Rom.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 17. Februar / 2. März 1909. — Nr. 265.

Ich verweise auf die Telegramme unseres Pariser Botschafters Nr. 40 und 41. Der in Berlin vorgeschlagene Text ruft selbst mit den von Pichon in Vorschlag gebrachten Weglassungen ernsthafte Einwendungen hervor; der Text ist augenscheinlich in Wien redigiert worden, und der ganze erste Teil verrät die Absichten Österreich-Ungarns, das austrotürkische Protokoll als die definitive Regelung der Annexionsfrage annehmen zu lassen. Wir können in keinem Falle diesem Manöver zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß dieses Protokoll internationale Bedeutung nur dann beanspruchen kann, wenn es von der Konferenz sanktioniert worden sein wird, und wir sehen keinen Grund, dieses Protokoll in der in Aussicht genommenen Note zu erwähnen. Gleichweise unannehmbar betrachten wir den Satz „unter Verzicht auf alle territorialen Aspirationen außerhalb der Grenzen des Königreichs“. Kein Land, so schwach und klein es sein möge, kann eine derartig allgemeine Erklärung abgeben. Die Kabinette von Paris und London müssen auch verstehen, wie sehr die Tatsache, daß ein österreichisch-deutsches Projekt zum Ausgangspunkt der Diskussion gemacht wird, so gewandt auch dieses Projekt zusammengestellt sein mag, — die Möglichkeit einer Versöhnung erschwert. Dies wird uns in die Notwendigkeit versetzen, unserer

jeits ein Gegenprojekt vorzuschlagen, was vermieden worden wäre, wenn Jules Cambon sich nicht so sehr beeilt hätte, sich das Projekt Baron Schöns anzueignen. Wir kennen noch nicht das Resultat unseres letzten Schrittes in Belgrad, und wir können noch nicht beurteilen, ob eine weitere Aktion der Mächte noch nötig sein wird; deshalb enthalten wir uns fürs erste, unser Gegenprojekt zu formulieren. Der französische Botschafter hat mir versichert, Fürst Bülow hätte Cambon erklärt, daß, wenn der Schritt in Belgrad Erfolg haben würde, das Berliner Kabinett sich den andern Mächten anschließen würde, um gemeinsam in Wien zu handeln. Ich habe eine solche Erklärung in der bisherigen diplomatischen Korrespondenz nicht gesehen, und ich würde gern die Sicherheit haben, daß dies wirklich der Fall ist.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister Izwolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Admiral Touchard hat Pichon die Bemerkungen mitgeteilt, die Sie ihm über die Lauheit der französischen Diplomatie, speziell der französischen Botschafter in Wien und in Berlin, gemacht haben, mit welcher sie den von der russischen Regierung eingenommenen Standpunkt unterstützt hätte.

Von diesem Vorwurfe sehr betroffen, hat Pichon mir gegenüber die Aufrichtigkeit und absolute Loyalität hervorgehoben, die seine Politik Rußland gegenüber stets befolgt hat, und er beeilt sich, die Handlungsweise der von Curer Erzellenz beschuldigten französischen Vertreter zu rechtfertigen. Diese haben, hat er mir gesagt, die erhaltenen Instruktionen befolgt; diese Instruktionen stimmen mit unseren Absichten genau überein, und wenn vielleicht Crozier, von dem Glanze der Wiener Gesellschaft, in der er sich eine gute Stellung schaffen will, ein wenig geblendet, sich in der Form weniger energisch gezeigt hatte, als er es vielleicht hätte sein müssen, so gilt dies nicht von Jules Cambon. Dieser hat nicht aufgehört, dem Berliner Kabinett ausdrücklich zu verstehen zu geben, daß Frankreich in dieser Krise der von der russischen Regierung eingeschlagenen Politik in allen Punkten folgen und in loyaler Weise den Allianzvertrag, der es mit Rußland verbindet, einhalten würde. Er hat es so gut verstanden,

den Fürsten Bülow davon zu überzeugen, daß in einer kürzlichen Unterredung, in der über mögliche Eventualitäten gesprochen wurde, der Kanzler unter anderem Jules Cambon gesagt hat: „Sie werden sich auf die Seite Rußlands stellen, wie wir auf die Seite Österreichs . . .“

Aber es ist klar, daß sowohl die deutsche als auch die österreichische Presse ein großes Interesse daran hat, die Farben zu verdichten und, indem sie sich auf die weniger gespannten Beziehungen zwischen der französischen Diplomatie und den politischen Kreisen Berlins und Wiens bezieht, glauben zu machen, daß Frankreich sich allmählich von seinem Bundesgenossen und Freunde löst und sich dem Dreibund nähert. Pichon hat mir bei dieser Gelegenheit die entschiedensten Versicherungen über die Haltung Frankreichs gegeben, falls die jetzige Krise uns zwingen würde, uns aktiv in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen. „Wir werden unsere Allianzverpflichtungen loyal erfüllen,“ sagte mir der Minister, „und solange ich auf diesem Posten bleibe, wird diese Politik befolgt werden. Aber da dies für beide Länder, die beide den Krieg nicht wünschen, eine außerordentlich ernste Situation schafft, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, nach Mitteln zu suchen, um dieser Gefahr vorzubeugen und nicht zu extremen Entschlüssen zu greifen.“ Er hat mir wiederholt, daß auf Grund aller Nachrichten, über die er verfügt, hauptsächlich die territorialen Ansprüche Serbiens, auf die es ein Recht zu haben behauptet, Österreich in Erregung versetzen und das Wiener Kabinett die Geduld verlieren lassen. Milowanovitch hatte hier zugegeben, daß Österreich auf derartige Forderungen nie eingehen würde; keine einzige der Großmächte zeige sich geneigt, sie zu unterstützen. Es war folglich unnützlich und für Serbien gefährlich, darauf zu bestehen, während ein freiwilliger Verzicht seinerseits den Mächten die Möglichkeit gegeben hätte, die ökonomischen Interessen des Königreichs um so energischer zu vertreten. Er glaubte, daß ein Schritt in diesem Sinne, von Rußland ausgehend, für die Serben weniger beleidigend wäre und mehr Aussichten auf Erfolg gehabt hätte als ein Kollektivschritt der Kabinette. Dies war der Sinn der Mitteilung, die der französische Botschafter Curer Erzellenz zu machen hatte.

Was die Vorschläge Cambons und Riberlens anbelangt, so hatte der Minister sie weder angenommen noch empfohlen; er fand namentlich die letzteren für uns wenig annehmbar und hat sie nach Petersburg und London weitergegeben, nur um die Ansicht der Kabinette kennenzulernen und ohne sich in irgendeiner Weise zu verpflichten.

Dies sind, Herr Minister, die Erklärungen und die Versicherungen, die mir Pichon in den aufeinanderfolgenden Unterredungen gegeben hat, welche ich mit ihm Ende der letzten Woche gehabt habe.

Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß er durchaus aufrichtig ist, wenn er mir erklärt, die französische Regierung sei fest entschlossen, die Verpflichtungen, die ihr unser Bundesvertrag auferlegt, auf das genaueste zu erfüllen. Ich höre, daß andere Mitglieder des Kabinetts sich im selben Sinne geäußert hätten, indem sie betonen, daß, wenn Frankreich anders handelte und seine Verpflichtungen nicht erfüllte, es sich moralisch verurteilen würde und sich in materieller Beziehung, wenn der Krieg einen für Rußland günstigen Ausgang nähme, in Europa isoliert und entehrt sehen würde, während im entgegengesetzten Falle es Deutschland ohne Gnade ausgeliefert wäre, — denn, so sagen die Engländer, wenn Frankreich Rußland gegenüber versagen sollte, so würde dies das Ende der frankoenglischen Entente für immer bedeuten. Indem ich Ihnen dies alles mitteile, kann ich jedoch nicht umhin zu betonen, daß die Möglichkeit eines Krieges vom hiesigen Publikum und von der Presse mit sehr verschiedenen Gefühlen betrachtet wird. Die demokratische Republik ist ihrer Natur nach eine Feindin der Kriege. Der Antimilitarismus und der Sozialismus machen in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte. Aber es sind hauptsächlich Tendenzen und Erwägungen merkantiler Natur im französischen Publikum und seine Sorge um die Erhaltung seines außerordentlichen Reichtums, welche dazu dienen, hier ultrapazifistische Tendenzen zu entwickeln. Wenn Frankreich angegriffen würde, oder wenn seine direkten, allen verständlichen Interessen in Frage kämen, so würde die Nation handeln. Aber so wie die Frage jetzt von der Presse hingestellt wird — und ein großer Teil der Presse ist von Oesterreich gewonnen worden, mit dem „Temps“

an der Spitze —, „Europa in einen Krieg zu verwickeln um eines territorialen Streifens wegen, auf den Serbien durchaus kein Recht hat“: eine solche Politik wäre in den Augen der Franzosen der verbrecherischste Wahnsinn.

Ihr mutiger Schritt in Belgrad, mit dem hier alle Welt einverstanden ist, dient dazu, dieser Gefahr vorzubeugen, und wenn, nachdem eine Antwort aus Belgrad erhalten, die neuen maßlosen österreichischen Forderungen von Wien nicht aufrecht erhalten werden, so darf man mit Recht hoffen, daß die Krise eine friedliche Lösung finden wird. Aber eine energische Aktion der Mächte dürfte wahrscheinlich auch in Wien nötig sein, und wie ich Ihnen gestern telegraphierte, ist Richon vollkommen einverstanden, sich mit uns und den Engländern zu verständigen, in welcher Form dies geschehen könne und welche weiteren Folgen dieser Schritt haben müsse. Er ist bereit zu versuchen, die andern Mächte zur Teilnahme zu veranlassen. Man erwartet hier also mit doppeltem Interesse die weiteren Nachrichten aus Belgrad und die Entschlüsse der russischen Regierung, welche die weitere Richtung der diplomatischen Aktion der Kabinette bestimmen werden. Persönlich glaubt der französische Minister des Auswärtigen und, seiner Ansicht nach, auch sein Londoner Kollege, daß man die Konferenz möglichst bald einberufen müsse. Da die Übereinkunft zwischen Bulgarien und der Türkei in nächster Zeit unter russischer Agide abgeschlossen werden wird, so hofft Richon, daß die Einladung zur Konferenz ebenfalls in nächster Zeit an die Mächte ergehen könnte. Wie wird diese Einladung in Wien und Berlin aufgenommen werden? — Dies ist eine Frage, die wahrscheinlich zu schwierigen Verhandlungen führen wird, denn bis jetzt zeigte man sich dort einer Konferenz durchaus abgeneigt, wenn sich diese nicht darauf beschränkt, die zwischen den interessierten Parteien getroffenen Vereinbarungen einfach zu registrieren.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Tswolsky vom 17. Februar / 2. März 1909.

Ich habe mich Milowanovitch gegenüber im Sinne Ihres Telegrammes ausgesprochen. Der von uns der Königlichen Regierung gegebene Rat wird im Ministerrat besprochen und die

Entscheidung mir morgen mitgeteilt werden. Aus meiner Unterredung mit dem Außenminister habe ich den Eindruck, daß die Regierung nachgibt. In seiner Antwort wird mir Milowanovitch wahrscheinlich mitteilen, soviel ich bisher beurteilen kann, daß Serbien nicht die Absicht hat, irgendwelche kategorische Forderungen territorialer oder ökonomischer Natur zu stellen, so daß es folglich gar nicht nötig hat, auf die ersteren zu verzichten. Serbien legt sein Geschick ganz in die Hände der Großmächte, indem es im voraus ihre Entscheidung annimmt und es ihnen überläßt zu entscheiden, ob man die serbisch-bosnische Frage gleich lösen oder diese Lösung auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben solle. Jetzt schon direkte Verhandlungen mit Österreich anzufangen, hält er nicht für ratsam. Gemäß erhaltenen Instruktionen haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens nach meinem Besuch bei Milowanovitch diesem mitgeteilt, daß ihre Regierungen sich der russischen Ansicht anschließen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Izwolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 1. Milowanovitch ist es nur mit großer Mühe geglückt, seine Kollegen zu der Annahme des in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Standpunktes zu bewegen. Der Text der Antwort der königlichen Regierung auf die russische Mitteilung über die Notwendigkeit eines serbischen Verzichtes auf territoriale Kompensationen ist in meinem Telegramm Nr. 2 wiedergegeben. Wenn Euerer Exzellenz diese Antwort als der augenblicklichen Lage entsprechend ansehen, so möchte Milowanovitch auf Grund dieses Textes eine Zirkularnote an die Großmächte erlassen, indem er sich dabei auf die freundschaftlichen Vorstellungen der russischen Regierung bezieht. Nachdem meine Kollegen von der Absicht des serbischen Außenministers Kenntnis genommen hatten, finden sie diese Antwort annehmbar, obwohl sie nicht ohne Grund voraussehen, daß Österreich-Ungarn, welches direkte Verhandlungen mit Serbien zu führen wünscht, mit dieser Antwort außerordentlich unzufrieden sein wird. Bei der bergabe der Antwort hat mich Milowanovitch Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die serbische Regierung, indem sie sich zu einem für das Land so schweren Verzichte entschloß, unsern Wünschen

entgegenzukommen suchte, aber daß sie die Hoffnung nicht verliert, daß die russische Regierung ihrerseits die schon früher übernommene Verpflichtung erfüllen wird und nicht die Absicht hat, ihre Unterschrift unter die Annexion zu setzen. Der Ton der Presse hinsichtlich Österreichs ist bedeutend gemäßigter geworden. Die Unzufriedenheit richtet sich hauptsächlich gegen uns.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18. Februar / 3. März 1909.

Nr. 2. Text der serbischen Antwort.

Von der Annahme ausgehend, daß in legaler Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und wünscht durchaus nicht, die juristischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten und ihre Haltung korrekter Nachbarschaft zu modifizieren. Sie verlangt auch durchaus nicht von Österreich-Ungarn, als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage, irgend eine Kompensation, weder territorialer, noch politischer oder ökonomischer Natur. Insofern als die bosnisch-herzegowinische Frage als eine interne österreichisch-ungarische oder als eine österreichisch-türkische Frage betrachtet wird, enthält sich Serbien jeder Einmischung. Serbien hat seine Stimme erhoben und hat seinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt nur für den Zeitpunkt und nur insofern, als diese Frage einen europäischen Charakter annimmt. Folglich, wenn die Signatarmächte des Berliner Traktates zugeben, daß die bosnisch-herzegowinische Frage durch das österreichisch-türkische Abkommen gelöst worden ist, oder wenn diese Signatarmächte aus irgendeinem Grunde sich in diesem Augenblicke über die Frage nicht äußern wollen, so wird Serbien, ihrem Beispiel folgend, sich in Zukunft jeder Diskussion enthalten. Wenn hingegen die Mächte die Prüfung der Fragen, die mit der Anerkennung der Annexion und der neuen Fassung des Artikels 25 des Berliner Traktates zusammenhängen, in ihre Hände nehmen, so wird Serbien ihnen als einem kompetenten Tribunal seinen Standpunkt unterbreiten, indem es vollkommen und ohne Vorbehalt ihrer hohen Einsicht

und Billigkeit vertraut. Was die militärischen Rüstungen Serbiens anbelangt, so stehen sie in keinem Zusammenhang mit der bosnisch-herzegowinischen Krise, sondern werden durch unsere allgemeinen Bedürfnisse bedingt, was schon durch die Tatsache bezeugt wird, daß sie auf Grund eines noch vor der Proklamation der Annexion erlassenen Gesetzes stattfinden. Was die militärischen Maßnahmen anbelangt, welche die Vorbereitung der Mobilisation und die Sicherung unserer Grenze mit Österreich-Ungarn betreffen, so ist Serbien bereit, obwohl die Rüstungen einen durchaus defensiven Charakter tragen und aufs äußerste Minimum beschränkt sind, sie zu unterbrechen und rückgängig zu machen, wenn Österreich-Ungarn seinerseits bereit ist, die normale militärische Lage an seiner serbischen Grenze wiederherzustellen, — oder aber, wenn die Mächte uns garantieren wollen, daß Österreich-Ungarn uns nicht angreifen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 288.

Ich beziehe mich auf die beiden Telegramme unseres Belgrader Gesandten vom 18. Februar. Die Antwort des Belgrader Kabinetts scheint uns, abgesehen von einzelnen Formfehlern, die vollkommene Zustimmung der Mächte zu verdienen. Wir finden es sehr weise und richtig von der Belgrader Regierung, darauf zu verzichten, von Österreich-Ungarn als Folgen der Annexion irgendwelche territoriale, politische oder ökonomische Kompensationen zu verlangen, und sich in dieser Hinsicht auf den Beschluß der Mächte zu verlassen. Wir billigen ebenfalls die Absicht der serbischen Regierung, eine Zirkularnote in diesem Sinne an die Mächte zu richten. Andererseits hat uns die österreichisch-ungarische Regierung soeben erklärt, daß sie niemals die Absicht hätte, eine Vermittlung der Mächte zwischen sich und Serbien zu verlangen, noch wird sie eine solche Vermittlung je in Zukunft zulassen; es ist folglich wahrscheinlich, daß, wenn die serbische Zirkularnote nur an einen Teil der Mächte gerichtet ist und diese den Versuch machen, sie zur Kenntnis des Wiener Kabinetts zu bringen, dieses sich weigern wird, die Mitteilung entgegenzunehmen, und eine direkte Anfrage Serbiens verlangen wird. Wir glauben, daß das beste Mittel, diese Schwierigkeit

zu beheben, darin bestehen würde, daß Serbien die Zirkularnote an alle Signatarmächte des Berliner Traktates, Österreich-Ungarn und die Türkei inbegriffen, zu richten hätte. In diesem Falle wäre es nötig, in dem Texte der serbischen Note Veränderungen vorzunehmen, um sie für das Wiener Kabinett annehmbarer zu machen. Unserer Ansicht nach müßte Serbien auch fürs erste den ganzen letzten Teil, der sich auf die serbischen Rüstungen bezieht, weglassen, da diese Frage bis jetzt weder im Laufe der Verhandlungen zwischen den Mächten, noch von Österreich-Ungarn selbst aufgeworfen worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 20. Februar / 5. März 1909. — Nr. 292.

Fortsetzung meines heutigen Telegramms Nr. 288. Folgende Bemerkungen wollen wir der serbischen Regierung hinsichtlich der Redaktion der projektierten Zirkularnote unterbreiten: Es will uns scheinen, daß die beiden ersten Sätze der serbischen Note nicht verändert zu werden brauchen. Der dritte, vierte, fünfte und sechste Satz ist unserer Meinung nach gefährlich und könnte den Zusammentritt der Konferenz noch schwieriger gestalten. Sie könnten durch eine Erklärung ersetzt werden, daß Serbien sich jeder Einmischung in eine Frage enthalten wird, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates obliegt, in deren Gerechtigkeitsinn Serbien vollkommenes Vertrauen hat. Das Ende des serbischen Textes, das sich auf die Rüstungen bezieht, müßte vollkommen weggelassen werden. Wenn trotzdem die serbische Regierung auf diesem Punkte besteht, so müßte man diesen Teil der Zirkularnote derart fassen, daß Österreich-Ungarn und die Garantie der Mächte nicht erwähnt werden. Ich bitte Sie, das Vorhergehende zur Kenntnis des Ministers des Auswärtigen zu bringen und um seine Ansicht zu fragen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Februar / 6. März 1909.

Grey ist mit Ihrem Gedanken einer serbischen Zirkularnote an alle Mächte in der von Ihnen vorgeschlagenen gekürzten Form vollkommen einverstanden. Er hat in diesem Sinne schon

an Nicolson telegraphiert. Andererseits werden Grey und Pichon der russischen Regierung in nächster Zeit mitteilen, welche Schritte ihrer Ansicht nach in Wien unternommen werden müßten, um die Einberufung der Konferenz zu beschleunigen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 301.

Nach Berücksichtigung der verschiedenen Erwägungen, welche den Inhalt der serbischen Zirkularnote bestimmen müssen, glauben wir, daß die Note in definitiver Redaktion folgendermaßen lauten sollte. Von der Annahme ausgehend, daß in juristischer Hinsicht das Verhältnis Serbiens zu Osterreich-Ungarn nach der Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat die königliche Regierung durchaus nicht die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie hervorzurufen, und hat durchaus nicht den Wunsch, diese juristischen Beziehungen zu ändern, und ist entschlossen, ihren Verpflichtungen guter Nachbarschaft Osterreich-Ungarn gegenüber nachzukommen. Indem sich Serbien jeder Einmischung in eine Frage enthält, deren Lösung den Signatarmächten des Berliner Traktates zukommt, in deren Gerechtigkeits Sinn es volles Vertrauen hat, verlangt Serbien auch nicht von Osterreich-Ungarn als Folge der bosnisch-herzegowinischen Frage irgendeine Kompensation, sei es territorialer, politischer oder ökonomischer Natur, indem es nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche sich auf die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beziehen. Geben Sie gleichzeitig Milowanowitsch zu verstehen, daß in Anbetracht der Entspannung, die sich in der allgemeinen Situation zu vollziehen scheint, man zur Annahme berechtigt ist, daß das Wiener Kabinett davon absehen wird, an Serbien eine Anfrage wegen der Rüstungen zu richten, und daß folglich eine solche Erwähnung in der serbischen Zirkularnote unzeitgemäß und sogar gefährlich erscheint. Wenn jedoch ein derartiger Schritt von seiten der österreichisch-ungarischen Regierung erfolgen sollte, so könnte die königliche Regierung unter Berufung auf die erwähnte Zirkularnote Rußland und die anderen Mächte von diesem Schritt in Kenntnis setzen, um von ihnen neuen Rat einzuholen. Es ver-

steht sich von selbst, daß die Zirkularnote an alle Signatarmächte, Osterreich inbegriffen, gerichtet sein muß. Ich bitte Sie, obiges zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen und uns von ihrer Entscheidung zu benachrichtigen. Unseren Nachrichten zufolge ist Graf Forgach beauftragt worden, mit der serbischen Regierung über ein Handelsabkommen zu verhandeln. Aehrenthal hat bei dieser Gelegenheit geäußert, es läge ihm fern, Serbien erniedrigen zu wollen, und die Mission Forgach soll durchaus nicht den Charakter eines Ultimatums haben; andererseits sei es wünschenswert, daß Serbien nicht zu lange zaudere, da das Erlöschen des Handelsvertrages eine provisorische Verlängerung nötig macht; was die ökonomischen Verhandlungen zwischen beiden Ländern anbelangt, so könnten sie auf ein späteres Datum verschoben werden. Aehrenthal hat hinzugefügt, er wolle in keiner Weise einen Druck auf die serbische Regierung in dieser Frage ausüben. Angesichts dieser Versicherung hoffen wir, daß die serbische Regierung die Eröffnungen des österreichischen Vertreters nicht ablehnen wird, indem sie sich anläßlich dieser Verhandlungen auf den Boden normaler kommerzieller Beziehungen zwischen Osterreich-Ungarn und Serbien stellt.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsty an den russischen Gesandten in Belgrad vom 22. Februar / 7. März 1909. — Nr. 296.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme Nr. 288 und 292. Um den Anschein zu vermeiden, daß Serbien sich solchen direkten Verhandlungen mit Osterreich-Ungarn entziehen will, die gewöhnlich den Gegenstand von Verhandlungen zwischen zwei Nachbarstaaten bilden, wäre es wünschenswert, zu dem zweiten Satz der serbischen Zirkularnote, der mit den Worten: „politischer oder ökonomischer Natur“ endigt, die Worte hinzuzufügen „indem die Regierung nach wie vor bereit ist, zusammen mit dem Wiener Kabinett die Fragen zu prüfen, welche die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten betreffen“. Die serbische Regierung würde dadurch Europa einen neuen Beweis ihrer friedlichen Absichten geben. Es scheint uns sehr wichtig, daß Milowanovitch diesen Vorschlag annimmt, hauptsächlich im Hinblick auf die Ankunft von Forgach, der, wie die Presse mitteilt, Verhandlungen mit dem Belgrader Kabinett zu führen beauf-

trägt ist. Teilen Sie dies Milowanovitch mit. Was unsere andern Bemerkungen betrifft, so werden wir sie Ihnen in Kürze mitteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Gesandten in Belgrad vom 23. Februar / 8. März 1909.

Reden Sie Milowanovitch zu, die russische Redaktion anzunehmen. Serbien braucht nicht zu zögern zu erklären, sich in die Annexionsfrage nicht einmischen zu wollen. Juristisch ist dies der einzige unanfechtbare Standpunkt und bedeutet nicht, daß Serbien damit das Recht verliert, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die Mächte mit seinen Wünschen bekannt zu machen. Unsererseits können wir nur wiederholen, daß die Tatsache der Annexion letzten Endes unsere Unterschrift nicht erhalten wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cetinje an den russischen Außenminister Iswolsth vom 13./26. Februar 1909.

Es sind Maßregeln getroffen worden, um unverzüglich über einen gemeinsamen Feldzugsplan mit Serbien zu beraten; entweder wird ein Vorschlag nach Belgrad geschickt, oder eine kompetente Persönlichkeit hinkommandiert.

Inhaltsangabe eines Briefes des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Gesandten in Bukarest vom 24. Februar / 9. März 1909.

Der rumänische Gesandte hat mir beruhigende Erklärungen über ein neutrales Verhalten Rumäniens im Falle eines Konfliktes zwischen Serbien und Osterreich gegeben. Bei passender Gelegenheit müßte diese Frage von Ihnen aufgeworfen werden, um eine diesbezügliche offizielle Erklärung zu erhalten, auf die man sich in Zukunft gegebenenfalls stützen könnte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsth an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 318.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir den Text des österreichisch-türkischen Abkommens übergeben, ebenso wie

die Abschrift einer Note Aehrenthals. Ich habe die Absicht, den Empfang dieser beiden Schriftstücke zu bestätigen und dabei dem Wiener Kabinett in Erinnerung zu bringen, daß unserer Ansicht nach eine direkte Verständigung zwischen Osterreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die bosnisch-herzegowinische Frage einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten und hinzuzufügen, daß wir folglich bereit seien, uns schon jetzt mit Osterreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um eine Konferenz einzuberufen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des Programmes zu befassen hätte, das schon früher von allen Kabinetten angenommen worden ist. Teilen Sie dies der englischen Regierung mit und benachrichtigen Sie mich, ob das Londoner Kabinett bereit ist, Wien eine analoge Antwort zu geben.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 26. Februar / 11. März 1909. — Nr. 319.

Die serbische Zirkularnote, die mir heute von dem serbischen Gesandten übergeben wurde, ist trotz einiger redaktioneller Einzelheiten, die, unserm Rate entgegen, hinzugefügt worden sind, im großen ganzen zufriedenstellend, und müßte es für jeden Unbefangenen sein. Unglücklicherweise haben wir Grund anzunehmen, daß dies nicht die Ansicht des Wiener Kabinetts ist. Wie mir der österreichisch-ungarische Botschafter gesagt hat, wird seine Regierung auf einer anderen Formel bestehen, die das österreichisch-türkische Protokoll erwähnt und die Annexion als eine vollzogene Tatsache anerkennt, die weiter nicht in Frage gestellt werden kann. Eine derartige Forderung des Wiener Kabinetts läßt wenig Hoffnung auf eine gütliche Einigung, denn es erscheint zweifelhaft, daß sich in Serbien eine Regierung finden ließe, die dazu ihre Zustimmung gäbe. Wir haben unsererseits alles was möglich getan, um Serbien zu mäßigen; es scheint uns nun dringend notwendig, daß die Kabinette von Paris, London und Rom ihren ganzen Einfluß in Wien und in Berlin zur Geltung bringen, um Aehrenthal zu einer verständlicheren Haltung zu bewegen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 27. Februar / 12. März 1909.

Ihr Telegramm Nr. 319 erhalten. Grey ist der Ansicht, man könne von Serbien nicht verlangen, es solle die Annexion anerkennen, ehe die Signatarmächte des Berliner Traktats sich auf der Konferenz in dieser Frage ausgesprochen hätten. Er findet auch, daß die letzte serbische Zirkularnote, namentlich wenn Serbien in Bälde seine Zustimmung zu direkten Verhandlungen mit Osterreich über den Handelsvertrag gibt, das Wiener Kabinett befriedigen sollte. Wenn Mensdorff hier in demselben Sinne wie Berchtold mit Ihnen sprechen wird, wird Grey ihm in kategorischer Form seine Meinung zum Ausdruck bringen und hinzufügen, daß, wenn Osterreich immer noch mit Serbien unzufrieden ist, dies nur bedeuten könne, daß man Osterreich überhaupt nicht befriedigen könne. Wenn eine solche Unterredung stattfinden wird, wird Grey sofort die englischen Botschafter in Wien, Berlin, Paris, Rom und Petersburg hiervon verständigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Februar / 13. März 1909.

Im Nachgang meines gestrigen Telegramms. Gestern hat der österreichische Botschafter in versöhnlicher Form Grey die Bemerkungen Aehrenthals über den Text der serbischen Zirkularnote mitgeteilt, und da von österreichischer Seite die Zurücknahme der Zirkularnote nicht verlangt und diese sogar als ein weiterer Schritt zur friedlichen Regelung der österreichisch-serbischen Beziehungen bezeichnet wurde, so hat auch die Antwort Greys einen viel weicheeren Ausdruck gefunden. Mensdorff bestand darauf, daß, wenn Serbien die Frage der Annexion der Entscheidung der Mächte überläßt, dies seinen eigenen Erklärungen widerspricht, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina die juristischen Beziehungen Serbiens zu Osterreich nicht verändert. Das Wiener Kabinett ist der Ansicht, daß die Vereinbarungen der Türkei mit Osterreich und Bulgarien die faktische Seite der Verletzung des Berliner Traktates endgültig regeln und den Signatarmächten nur die formelle Sanktion der stattgefundenen Modifikationen übrigbleibt. Grey bestritt im

Prinzip die letztere Meinung und rechtfertigte den Standpunkt der serbischen Zirkularnote in den in meinem gestrigen Telegramm wiedergegebenen Ausdrücken. Ferner betonte der österreichische Botschafter ganz besonders die Form der Antwort, welche Serbien auf den Vorschlag direkter Verhandlungen wegen des Handelsvertrages geben wird, und fügte hinzu, daß Österreich sich nicht mit einem Versprechen Serbiens begnügen könne, freundschaftliche Beziehungen mit Österreich „fortzusetzen“, da das Wiener Kabinett, mit den jetzigen Beziehungen unzufrieden, diese zu ändern wünscht. Während der Unterredung hat Mensdorff kein einziges Mal darauf angespielt, daß Österreich von Serbien eine formale Anerkennung der Annexion verlangen wird. Daher glaubt Grey, daß wenn Mensdorff nicht speziell den Auftrag hatte, die Form seiner gestrigen Mitteilung an die englische Regierung zu mildern, Österreich-Ungarn sich mit einer günstigen Antwort auf die Vorschläge Forgachs begnügen wird, wenn dieser Antwort eine allgemeine Erklärung hinzugefügt wird, daß Serbien gute nachbarliche Beziehungen zu unterhalten wünscht. Mensdorff hat angedeutet, die serbische Regierung könnte sich hinsichtlich der Redaktion dieser Antwort mit dem österreichischen Gesandten in Belgrad verständigen, und Grey erblickt keine Hindernisse, diesen Vorschlag anzunehmen. Serbien müßte jedoch die Anerkennung der Annexion entschieden ablehnen, wenn dies von ihm bei dieser Gelegenheit verlangt werden sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 2./15. März 1909. — Nr. 337.

In Beantwortung der Mitteilung des Wiener Kabinetts, welche das österreichisch-ungarische Protokoll begleitete, habe ich heute Berchtold eine Note übergeben, in der ich den Empfang der beiden Schriftstücke bestätige und mich alsdann folgendermaßen äußere: „Indem Euerer Excellenz der Gedankenaustausch in Erinnerung gebracht wird, der im November und Dezember letzten Jahres zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg stattgefunden hat, und unter besonderer Bezugnahme auf die Mitteilungen vom 9. November und 6. Dezember, hält es der Unterzeichnete für seine Pflicht, nochmals zu bestätigen, daß der Ansicht der Kaiserlich Russischen Regierung gemäß eine direkte

Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die Frage Bosniens und der Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Traktats zu unterbreiten. Die russische Regierung ist also bereit, sich schon jetzt mit Österreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um das definitive Zusammentreten der Konferenz herbeizuführen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des von allen Mächten angenommenen Programms zu beschäftigen hätte.“ Bringen Sie bitte den Inhalt dieser Mitteilung zur Kenntnis der englischen Regierung.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1909.

Grey bedauert außerordentlich, daß die serbische Regierung in ihrer dem Wiener Kabinett gegebenen Antwort die Ratschläge Rußlands und der übrigen Mächte nicht genügend berücksichtigt und versäumt hat, eine vorteilhafte diplomatische Position einzunehmen, die Österreich jeden Vorwand zum Mißvergnügen genommen hätte. Man hat hier keine Nachrichten über die weiteren Absichten Österreichs. Die letzten Berichte des englischen Botschafters in Wien weisen auf eine versöhnliche Stimmung Aehrenthals hin, und Cartwright glaubt sogar, daß Österreich, ehe es zu schroffen Maßregeln Serbien gegenüber greift, sich noch mit einer Mitteilung an die Mächte wenden wird. Grey hält es für ziemlich wahrscheinlich, daß die serbische Regierung aus Erwägungen der inneren Politik nur einem energischen Drucke der Mächte nachgeben will. Die englische Regierung wird, wenn nötig, an einem solchen Drucke teilnehmen und wird auf jeden Fall jede russische Initiative mit allen Mitteln in Belgrad unterstützen, die bezwecken würde, die serbische Regierung zu bewegen, eine Antwort zu geben, die den Wünschen des Wiener Kabinetts entspricht. Grey glaubt jedoch, diese Antwort müßte sich auf Versicherungen von Friedensbereitschaft, auf den Wunsch gutnachbarlicher Beziehungen und auf die Bereitwilligkeit beschränken, unmittelbare Verhandlungen über Fragen rein ökonomischer Natur aufzunehmen, die die Interessen der beiden Staaten betreffen.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Aus meinen Telegrammen während der letzten zwei Wochen und aus den Unterredungen mit Sir A. Nicolson wird Euerer Exzellenz der Standpunkt der englischen Regierung hinsichtlich der verschiedenen Phasen der serbisch-österreichischen Krise bekannt sein, und ich erlaube mir daher diese Frage jetzt nur kurz zu erwähnen. Man war hier überzeugt, daß die serbische Zirkularnote, im Sinne der Ratschläge der russischen Regierung verfaßt, ihren Zweck erreichen würde. Die trockene und abweisende Form aber, welche das Belgrader Kabinett diesem diplomatischen Dokumente gegeben, hat auf die englische Regierung keinen sehr günstigen Eindruck gemacht. In Anbetracht dessen jedoch, daß die Zirkularnote wertvolle friedliche Erklärungen enthält, hoffte Grey, daß die redaktionellen Fehler der serbischen Note durch neue Versicherungen von Seiten Serbiens gutgemacht werden würden; diese hätten dahin gehen sollen, daß Serbien friedliche nachbarliche Beziehungen mit Osterreich zu unterhalten wünscht. Eine solche Gelegenheit bot sich, als Serbien den österreichischen Vorschlag direkter Verhandlungen über den Handelsvertrag zu beantworten hatte. Nach seiner Unterredung mit Mensdorff, über welche ich seinerzeit Euerer Exzellenz berichtet habe, hatte Grey den Eindruck, daß ein derartiges Vorgehen Serbiens das Wiener Kabinett befriedigt und Serbiens internationale Stellung bedeutend gestärkt haben würde. Serbien hätte auf diese Weise die Möglichkeit gehabt, unter dem Schutze der Mächte die Annexion nicht anzuerkennen, aber gleichzeitig die Gefahr abzuwenden, auf weitere Forderungen Osterreichs eingehen zu müssen.

Leider hat die serbische Regierung diese Hoffnung nicht erfüllt. Nachdem Milowanovitch mit Forgach einen Meinungsaustausch über die Redaktion der serbischen Antwort begonnen hatte, schickte er plötzlich diese Antwort nach Wien, unter Umgehung des österreichischen Gesandten in Belgrad, und teilte außerdem den Inhalt dieser Antwort der Presse mit, ehe sie noch dem Wiener Kabinett bekannt geworden war. Abgesehen hiervon war auch die Antwort selbst taktlos: statt freundschaft-

licher Versicherungen — die Wiederholung der Ausdrücke der Zirkularnote, die in Wien nicht gefallen hatten, und statt einer kurzen Darlegung der Wünsche Serbiens hinsichtlich des Handelsvertrages — wird dem Wiener Kabinett eine lange Lektion erteilt, wie diese Frage in den beiden Parlamenten der Donaumonarchie behandelt werden soll.

Die englische Regierung gibt sich natürlich nach wie vor Rechenschaft, daß Österreich Serbien gegenüber mehr Nachgiebigkeit und Wohlwollen zeigen könnte. Aber man weiß hier sehr wohl, daß, um einen Konflikt zwischen zwei Staaten so verschiedener Größe und Macht beilegen zu können, der schwächere mehr guten Willen zeigen müsse, als Serbien dies bis jetzt hat tun wollen.

Augenblicklich ist Sir Edward Grey zwar, was die Zukunft anbelangt, beunruhigt, aber ich kann nicht sagen, daß er die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes aufgibt. Seiner Ansicht nach hängt die Zukunft ausschließlich davon ab, ob Österreich Krieg oder Frieden will, und er sieht absolut keinen Grund zur Annahme, daß Österreich einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen wünscht. Abgesehen davon, daß es unmöglich ist, mit Bestimmtheit voranzusehen, wieviel Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden würden, liegt auch ein Kampf mit Serbien allein nicht in den Absichten Aehrenthals, da sogar ein solcher Kampf sehr bedeutende menschliche und materielle Opfer erfordern würde. Auch der englische Botschafter in Wien hat in letzter Zeit mehrere Male auf eine versöhnlichere Stimmung im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren hingewiesen, und deshalb hofft Grey, daß Österreich nicht sofort zu radikalen Maßnahmen Serbien gegenüber greifen wird. Er glaubt, daß das Wiener Kabinett jetzt entweder von den Mächten oder aber auch von Serbien selbst Erklärungen erbitten wird, aber nicht in der Form eines Ultimatums, und dies wird nicht allein dem Belgrader Kabinett die Möglichkeit geben, sich zu besinnen, sondern wird auch den Serbien freundschaftlich gesinnten Mächten erlauben, einen mäßigenden Einfluß auf dasselbe auszuüben. Wenn diese Hoffnung sich bestätigt, so rechnet die englische Regierung darauf, daß Rußland seine großmütigen Anstrengungen in Belgrad zugunsten des all-

gemeinen Friedens fortsetzen wird, wobei es stets auf die Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen kann. In letzter Zeit kommt Grey immer mehr und mehr zu der Überzeugung, daß König Peter und die serbische Regierung aus Furcht vor inneren Erschütterungen sich nicht entschließen werden, einem freundschaftlichen Räte Folge zu leisten, sondern zu zeigen wünschen, daß sie zu dieser Nachgiebigkeit durch einen energischen Druck der Mächte gezwungen worden sind. Im Interesse des Friedens wäre die englische Regierung bereit, an einem solchen Schritte teilzunehmen, aber natürlich unter der Bedingung, daß derselbe von Rußland gutgeheißen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 356.

Der deutsche Botschafter hat hier soeben im Auftrage des Fürsten Bülow einen vertraulichen Schritt unternommen, der zum ersten Male seit dem Ausbruch der Krise auf den Wunsch des Berliner Kabinetts hinzuweisen scheint, ein Mittel zu finden, um die Lage zu entspannen. Graf Pourtalès hat mir erklärt, die deutsche Regierung sei bereit, das Wiener Kabinett zu sondieren, um zu erfahren, ob dieses einverstanden wäre, den Mächten die Übereinkunft mit der Türkei mitzuteilen und ihnen die formelle Sanktion der Veränderung des Artikels 25 des Berliner Traktates zu unterbreiten. Diese Sanktion könnte auf dem Wege eines Notenaustausches stattfinden. Wenn das Petersburger Kabinett sich dieser Anschauungsweise anschließt, so würde die deutsche Regierung, allein oder zusammen mit Rußland, bei den anderen Mächten Schritte unternehmen, um sie aufzufordern, dieses Vorgehen anzunehmen, welches dem Prinzip der europäischen Sanktion, für das Rußland sich einsetzt, Genüge tut und letzterem gleichzeitig erlauben würde, in Belgrad eine energischere Sprache zu führen. Ich habe dem Grafen Pourtalès für diese freundschaftliche Mitteilung gedankt und mich darauf beschränkt, zu bemerken, daß auf den ersten Blick hin der deutsche Vorschlag eine Konferenz auszuschließen scheinete und Osterreich die Möglichkeit gäbe, wenn einmal die Annexion von den Mächten anerkannt worden ist, sich der Lösung der andern Punkte des Programms zu entziehen und Serbien in seine